

**Beschlussempfehlung und Bericht**  
**des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ernst Burgbacher, Hans-Michael Goldmann,  
Dirk Niebel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 15/1714 –**

**Arbeitserlaubnis für ausländische Saisonarbeitskräfte auf vier Monate ausweiten**

**A. Problem**

Ausweitung der maximalen Einsatzdauer von Saisonarbeitskräften auf vier Monate bis zum Inkrafttreten eines Zuwanderungsgesetzes.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der  
CDU/CSU und FDP**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten der öffentlichen Haushalte**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/1714 – abzulehnen.

Berlin, den 14. Januar 2004

### **Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit**

**Dr. Rainer Wend**  
Vorsitzender

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Angelika Krüger-Leißner

### I. Überweisungen und Voten der mitberatenden Ausschüsse

#### 1. Überweisungen

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 15/1714 wurde in der 73. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. November 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Ausschuss für Tourismus zur Mitberatung überwiesen.

#### 2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** in seiner 27. Sitzung am 14. Januar 2004, der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** in seiner 49. Sitzung am 14. Januar 2004 und der **Ausschuss für Tourismus** in seiner 30. Sitzung am 10. Oktober 2003 haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 27. Sitzung am 10. Oktober 2003 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag auf Drucksache 15/1714 soll eine Novellierung der Anwerbestoppausnahmereverordnung dergestalt erreicht werden, dass zukünftig ausländischen Saisonarbeitern im Hotel- und Gaststättengewerbe, in der Land- und Forstwirtschaft, in der Obst- und Gemüseverarbeitung und

in Sägewerken die Arbeitserlaubnis für bis zu insgesamt vier Monate erteilt werden kann.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 15/1714 verwiesen.

### III. Beratung und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 14. Januar 2004 beraten.

Seitens der **Fraktion der FDP** wurde darauf verwiesen, Ziel des Antrages sei es, bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens zu einem Zuwanderungsgesetz sicherzustellen, dass die notwendigen Arbeitskräfte der Wirtschaft, insbesondere auch in Saisonbetrieben zur Verfügung stünden. Diese Regelung decke sich im Übrigen mit der von der Bundesregierung geplanten Ausländerbeschäftigungsverordnung, die jedoch wie das ursprünglich geplante Zuwanderungsgesetz nicht in Kraft getreten sei.

Nach Auffassung der **Fraktion der CDU/CSU** wäre die in dem Antrag vorgeschlagene Regelung durchaus sinnvoll, weil dies für die Betriebe praktikabler sei als die jetzige Regelung. Dadurch werde im Übrigen die Zahl der Saisonarbeiter eher verringert als ausgeweitet.

Die Vertreter der **Koalitionsfraktionen** sprachen sich dagegen dafür aus, alle Kraft auf eine möglichst zügige Verabschiedung eines umfassenden Gesamtpaketes zur Thematik Zuwanderung zu verwenden und nicht Einzelaspekte aus den gegenwärtigen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss herauszuberechnen. Dies wäre zum jetzigen Zeitpunkt kontraproduktiv.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** beschloss mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 14. Januar 2004

**Angelika Krüger-Leißner**  
Berichterstatlerin

